

**Concours franco-allemand – Textes à commenter donnés à l’oral**

|    |  |
|----|--|
| 1  | <b>Lernen von Zeitzeugen - 30 Jahre „Werkstatt der Erinnerung“, Ursula Storost, Deutschlandradio.de, 5. 3. 2020</b>  |
| 2  | <b>Europa ist kein kaltherziges Monster, Ein Kommentar von Ulrich Ladurner, Brüssel, Zeit-Online, 3. März 2020</b>   |
| 3  | <b>Historiker Timothy Garton Ash „Die Welt ist eine Großstadt geworden“ 30.04.2018, Deutschlandfunk Literatur, Moderation: Klaus Pokatzky</b>  |
| 4  | <b>Religionsunterricht für alle - Ein Modell für Hamburg, Deutschlandfunk, Von Patric Seibel, 06. 02. 2020</b>   |
| 5  | <b>Die Kanzlerin in der Coronakrise, Eine Analyse von Bernhard Pörksen, 19. März 2020, Zeit.de</b>   |
| 6  | <b>MARTIN LUTHER SUPERSTAR MIT ABGRÜNDEN, Claudia Keller, „Tagesspiegel“ August 2016</b>   |
| 7  | <b>„Wer entscheidet, wer Kommissionspräsident wird?“ in Das Europaparlament erhebt einen Machtanspruch, der ihm nicht zusteht, Heinrich August Winkler, NZZ, 15. 7. 2019</b>                             |
| 8  | <b>„Das Blaue vom Himmel versprechen“ in Das Europaparlament erhebt einen Machtanspruch, der ihm nicht zusteht, Heinrich August Winkler, NZZ, 15. 7. 2019</b>  |
| 9  | <b>EUROPAWAHLKAMPF - Rezo gegen die CDU: Jugend forscht im Netz, 23.05.2019 Deutsche Welle</b>   |
| 10 | <b>ZDF: Nicht mein Fernsehen - Ein Streitgespräch mit dem Chefredakteur Peter Frey-Interview: Jochen Bittner und Stefan Schirmer, 17. Dezember 2019, DIE ZEIT (10)</b>                                   |
| 11 | <b>ZDF: Nicht mein Fernsehen - Ein Streitgespräch mit dem Chefredakteur Peter Frey-Interview: Jochen Bittner und Stefan Schirmer, 17. Dezember 2019, DIE ZEIT (11)</b>                                   |
| 12 | <b>EU muss drei Tests bestehen - Die Krise kann Europa stärken – wenn Deutschland das Nötige tut TIMOTHY GARTON ASH, TAGESSPIEGEL, 07.04.2020</b>  |
| 13 | <b>In der Altersfalle - Für gefährdete Bevölkerungsgruppen könnte es noch lange Einschränkungen geben – das wird für Streit sorgen, Von <a href="#">Heinrich Wefing</a>, Zeit-Online, 15. April 2020</b> |
| 14 | <b>Raubkunst-Debatte - "Die Nofretete gehört nach Ägypten", Ein Interview von <a href="#">Eva-Maria Schnurr</a>, Spiegel, 24.03.2020</b>   |

**Lernen von Zeitzeugen - 30 Jahre „Werkstatt der Erinnerung“, Ursula Storost, Deutschlandradio.de, 5. 3. 2020**

Die „Werkstatt der Erinnerung“ ist ein Archiv mit mehr als 2.000 Tonaufnahmen. Zeitzeugen, die Krieg, Verfolgung oder die Studentenrevolte erlebt haben, erzählen dort ihr Leben. [...] Die Geschichtswissenschaft hat in den 80ern angefangen, sich für Alltagsgeschichte/„Oral history“ zu interessieren. [...] Am Anfang der Oral-History-Forschung bewerteten viele Historiker die mündlichen Quellen als unwissenschaftlich. Die Erinnerung von Menschen sei, so hieß es, nicht objektiv. Außerdem würden die Fragen der Interviewer die Erzählungen der Interviewten in eine bestimmte Richtung lenken. [...] Von Beginn an haben die „Oral Historians“ deshalb spezielle Interviewmethoden erarbeitet. Die unspezifische Aufforderung, über ihr Leben zu berichten, soll die Zeitzeugen animieren, das zu erzählen, was sie erzählen möchten und nicht das, was die Interviewer vielleicht hören wollen. Aber auch bei einem Gespräch nach den Regeln der Oral-History-Forschung erzählen die Menschen subjektiv. Das liegt in der Natur der Sache und sei auch ausdrücklich erwünscht. Bei „Oral history“ gehe es eben nicht um historische Fakten und Jahreszahlen.

Die Historiker der Alltagsgeschichte interessiert, welche Bedeutung die Menschen, die wir fragen, der Vergangenheit geben. Und Interviews sind unheimlich aufschlussreich, weil die Leute sich dann tatsächlich oft trauen, zu sagen, wie sie die Geschichte heute sehen, auch wenn ihre Sicht der Dinge nicht unbedingt mit dem heutigen Geschichtsbild in den Geschichtsbüchern übereinstimmt.

[...] Die subjektive Erfahrung von Menschen, sagt Alexander von Plato, sei eine eigenständige und, wie man heute wisse, unverzichtbare Dimension innerhalb der Geschichtsschreibung. Es ist einseitig, wenn man Geschichte nur nach Fragen der Politik, Wirtschaft und ähnlichem und nicht entsprechend der Erfahrung dieser Menschen schreibt. [...] Geschichte werde von uns allen gemacht, sagt der Historiker. Weil Oral History den Erfahrungen von Menschen aus allen sozialen Schichten gleiches Interesse zukommen ließe, sei diese Art der Forschung ein Beitrag zur Demokratisierung von Geschichte.

Schon lange machen die Oral-History-Forscher auch Interviews zu neueren Themenbereichen: zur Arbeitswelt, zur Emanzipation der Frau, zu sozialen Bewegungen. Sie fragen Zeitzeugen nach ihren Erinnerungen an die Zeit der Studentenrevolte 1968 und an das Leben in der ehemaligen DDR. [...] Die Berliner Historikerin Professor Dorothee Wierling sagt, Oral History könne dabei helfen, die Frage zu klären, warum für Ostdeutsche in manchen Regionen die politische Rechte so attraktiv sei. „Da muss es also eigene Gründe geben, die etwas mit der Region und den Menschen in der Region und deren Erfahrung zu tun hat. Ich würde Leute, die bei Pegida mitmarschieren, über ihr Leben interviewen. Ich würde sie nicht sofort nach Pegida oder nach den Ausländern fragen. Ich würde sagen, erzählen sie mir ihr Leben. Und dann fühlen Leute sich auch freier. Sie haben nicht das Gefühl, sie müssen sich sofort verteidigen.“

## Texte 2

### **Europa ist kein kaltherziges Monster, Ein Kommentar von Ulrich Ladurner, Brüssel, Zeit-Online, 3. März 2020**

Die Türkei ist kein Feind Europas. Die Menschen, die sich an der türkisch-griechischen Grenze drängen, sind keine Invasoren. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan aber benutzt die Migranten und Flüchtlinge, um die EU zu erpressen. Doch sie darf sich davon nicht einschüchtern lassen, wenn sie ernst genommen werden will. Die Europäer sollten der griechischen Regierung dankbar dafür sein, dass diese in den vergangenen Tagen an der Grenze den Erpressungsversuch Erdoğan zurückgewiesen hat. "Ihr seid unser Schild" (bouclier), sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrem Besuch in Athen. Das ist eine treffende Beschreibung.

Die Europäer werden nun angesichts der Bilder an der türkisch-griechischen Grenze als kaltherzig kritisiert. "Schämt Euch!", so lautete zusammengefasst der Vorwurf. Er ist so massiv und gleichzeitig so diffus, dass eine politische Debatte nicht möglich ist. Die aber ist höchst notwendig. Die EU hat in den vergangenen Tagen ihre legitimen Interessen wahrgenommen. Dazu gehört, dass sie massenhafte, irreguläre Migration nicht dulden darf. Lässt sie es zu, dann setzt sie ihre eigene Existenz aufs Spiel. Diese eine Lehre hat die EU aus dem Jahr 2015 zumindest gezogen. Grenzsicherung ist eine Voraussetzung für ihr weiteres Bestehen.

Europa ist deswegen keine Festung, es ist auch kein kaltherziges Monster, das den eigenen Wohlstand genießt, während vor seinen Toren die Armen und Schwachen verhungern. Diese Behauptung ist von den Zahlen nicht gedeckt: Über eine halbe Million Asylanträge haben die europäischen Staaten im vergangenen Jahr angenommen, 2015 waren es 1,3 Millionen. Allein in Deutschland wurden 2019 über 165.000 Asylanträge gestellt. Kurzum: Aufnahme findet in Europa statt. Tagtäglich.

Ist das zu wenig? Diese Meinung kann man vertreten, gerade mit Blick auf das riesige Leid in der unmittelbaren Nachbarschaft. Doch die Zahlen stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Aufnahmebereitschaft der europäischen Gesellschaften. Wie aufnahmebereit die Menschen in Europa sind, ist auch ein Ergebnis von Politik – sprich von Steuerung (gouvernance) und Gestaltung. Oder will man etwa glauben, dass Ungarn keine Flüchtlinge aufnehmen will, weil alle Ungarn grundsätzlich rassistisch sind? Oder ist es nicht eher so, dass das Land sich gegenüber Flüchtlingen verschlossen hat, weil ihr Ministerpräsident Viktor Orbán es verstanden hat, das Thema zu monopolisieren und zu instrumentalisieren?

**Historiker Timothy Garton Ash „Die Welt ist eine Großstadt geworden“ 30.04.2018, Deutschlandfunk Literatur, Moderation: Klaus Pokatzky**

In der global vernetzten Welt sind alle Menschen Nachbarn, meint der britische Historiker und Publizist Timothy Garton Ash und denkt deshalb viel über Meinungsfreiheit im digitalen Zeitalter nach. Im Ringen um die Meinungsfreiheit hat er drei Gruppen von Handelnden ausgemacht: Hunde, Katzen und Mäuse. Als Hunde bezeichnet er die Nationalstaaten, als Katzen die mächtigen Internetkonzerne. Und dann sind da noch die Internetnutzer – die Mäuse.

Er hat zehn Gebote entworfen, um die Meinungsfreiheit zu schützen. Das sechste Gebot lautet zum Beispiel: „Wir respektieren alle Gläubigen, aber nicht alle Glaubensinhalte.“

„Die ganze Welt ist eine einzige Großstadt geworden“, sagt Timothy Garton Ash. „Die Frage, die sich dann stellt ist: Wie sollen die Spielregeln sein, wie steht es mit der Redefreiheit? Es geht darum, bestimmte Prinzipien herauszuarbeiten, an denen wir uns orientieren können, wenn es zum Beispiel um Hassrede geht.“ Er sei selbstverständlich bereit, mit Alexander Gauland und Björn Höcke von der AfD zu diskutieren. „Ich glaube tatsächlich, dass wir in Westeuropa und im Westen insgesamt, dass wir eine gewisse Einengung des Diskurses erlebt haben, die scheinbar liberal, aber eigentlich illiberal war. Das heißt, es gab zu viele Themen, die tabu waren. Zum Beispiel die echten Besorgnisse der Menschen über Einwanderung und eine Minderheit muslimischen Glaubens.“

„Wenn wir diese Themen nicht offen mit robuster Zivilität ansprechen, dann kommt irgendwann ein Thilo Sarrazin – und ein wirklich schlechtes und gefährliches Buch zu diesem Thema bricht da durch und verkauft mehr als eine Million Exemplare. Wenn wir zu sehr auf den Begriff ‚alternativlos‘ setzen, dann bekommen wir letztendlich als Alternative die ‚Alternative für Deutschland‘.“

In der Geschichte gebe es immer wieder Parallelen, aber nichts wiederholt sich, sagt Timothy Garton Ash. „Ich beschreibe das, was heute passiert, als Reaktion im doppelten Sinne auf 30 Jahre, in denen wir eine Welle der Liberalisierung, Europäisierung, Globalisierung und Demokratisierung gehabt haben. Das waren wirklich revolutionsartige Änderungen. Und das, was wir bei Putin, Orban oder Xi Jinping sehen, ist eine bewusste Reaktion darauf – und sie trägt reaktionäre Züge.“ Das kennen man aus der Geschichte, sagt der Historiker.

„Nach der Reformation kommt die Gegenreformation, nach der Französischen Revolution kommt die Konterrevolution. Wir sollten uns als Historiker nicht allzu sehr wundern, wenn auf die liberale Revolution eine bestimmte anti-liberale Reaktion oder gar Konterrevolution folgt.“

### **Religionsunterricht für alle - Ein Modell für Hamburg, Deutschlandfunk, Von Patric Seibel, 06. 02. 2020**

Für Kirsten Fehrs, Bischöfin (évêque) der evangelischen (protestant) Nordkirche für Hamburg, war das bisherige Hamburger Modell des gemeinsamen Religionsunterrichts [ein Religionsunterricht für Schüler aller Konfessionen, die ein evangelischer Religionslehrer gibt] ein pädagogischer Glücksgriff, ein Erfolgsmodell, unter anderem, weil sich weniger als 0,1% der Schüler von diesem Unterricht abmeldeten.

Doch dann schloss der Hamburger Senat Verträge mit den muslimischen, alevitischen und jüdischen Religionsgemeinschaften und räumte ihnen das Recht auf eigenen Religionsunterricht ein [einräumen : concéder]. Die evangelische Kirche wiederum fragte sich, wie der „Religionsunterricht für alle“ unter diesen neuen Bedingungen fortgesetzt werden kann.

Das neue Modell läuft folgendermaßen: Die Kinder und Jugendlichen unterschiedlicher Konfession werden weiter nicht getrennt. Sie werden sozusagen gemeinsam unterrichtet von alevitischen, muslimischen, jüdischen, evangelischen und vielleicht auch katholischen Religionslehrern. Immer im Wechsel. Das ist zumindest das Ziel. Koordiniert wird es von Seiten der Schulbehörde von Jochen Bauer: „Wir leben in einer multikulturellen und multireligiösen Stadtgesellschaft. Über die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in den Grundschulen hat Migrationshintergrund. Das bedeutet in der Regel auch eine Vielfalt der Religionen und Konfessionen, die in den Elternhäusern gepflegt werden. Eine Stadt kann nur zusammenleben, ein Land kann nur zusammenleben, wenn die Menschen miteinander reden, wenn sie ihre Vorstellungen, die sie tragen, auch wechselseitig kennenlernen. Und auch dazu ist der Religionsunterricht für alle wichtig.“

Wichtig ist ihm, zu betonen, dass ausschließlich solche Lehrkräfte Religion unterrichten dürfen, die an Universitäten wissenschaftlich ausgebildet sind und ein zweites Staatsexamen abgelegt haben: „Wir haben mit der Uni ein Konzept verabredet, dass jede Lehrkraft zwar natürlich einen Schwerpunkt in der je eigenen Religion hat, aber auch Grundkenntnisse und Grundverständnis in anderen Religionen erwirbt, indem an den dortigen Theologien eben Kurse belegt werden.“

Für Özlem Nas, die für den Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg spricht, sind die evangelischen Lehrkräfte bisher häufig nicht ausreichend über den Islam informiert gewesen. Sie hofft auf eine qualitative Verbesserung des Unterrichts und betont, wie wichtig es aus ihrer Sicht vor allem für junge Muslime ist, ihre Religion von staatlich geprüften muslimischen Lehrern vermittelt zu bekommen: „Das ist sehr identitätsstärkend und bereitet auf all diese Diskussionen, die in der Gesellschaft vorhanden sind, vor, wo Schülerinnen und Schüler oft sehr verunsichert sind und meist als Muslime Stellung beziehen müssen, sich rechtfertigen müssen. Und wenn sie darauf vorbereitet werden im Religionsunterricht auf eine Kultur des Dialogs, auf eine Kultur der Toleranz, der Anerkennung, des Austausches, ist das etwas, was insgesamt für Hamburg den Zusammenhalt stärken wird.“

**Die Kanzlerin in der Coronakrise, Eine Analyse von Bernhard Pörksen, 19. März 2020, Zeit.de**

Angela Merkel hat ihre Politik bisher nie fulminant erklärt. Ihre Ansprache zum Umgang mit dem Coronavirus aber ist eine Meisterleistung der Krisenkommunikation.

Die Zeit der Kanzlerschaft von Angela Merkel, so werden Spezialisten der Rhetorik vermutlich in der Rückschau diagnostizieren, war eine der wortkargen Glanzlosigkeit, es waren Jahre der systematischen Redeverweigerung. Die Erklärung für den Meinungswandel nach dem Unglück von Fukushima im Jahre 2011, die Erläuterung, warum nun der Ausstieg aus der Atomkraft das Gebot der Stunde sei – Fehlannonce, es gab sie nicht. Die Rede zur Flüchtlingspolitik im Herbst 2015, das Werben um Verständnis und Verständigung im Angesicht von Spaltungen, Hass und Hetze – sie fiel aus unbekanntem Grund aus. Was Angela Merkel lieferte, war eher der Titel eines Textes ("Wir schaffen das!"); der zu erwartende Text aber, der erläutern hätte, wer denn gemeint sei und was das alles im Konkreten bedeute, kam dann leider nie. Warum die Kanzlerin jene Debatte und Gesetzesänderung, die die Ehe für alle erlaubte, erst ermöglichte, um dann eben gegen dieses Gesetz zu stimmen – das ist bis heute weitgehend ihr Geheimnis geblieben [...]. Und auch eine im besten Sinne aufrüttelnde Rede zur Klimapolitik, die eine große Reformerszählung ökologischer Modernisierung formulierte, wird man womöglich niemals von ihr hören, auch wenn die Situation eigentlich schon seit Langem danach verlangt.

Und doch: Nun hat das scheinbar so monolithische Bild der Antirhetorikerin und Emotionsverweigerin Angela Merkel Risse bekommen. Nun hat sie – aus Anlass der Corona-Krise – eine Rede an die Nation gehalten, die anders war, emotional und empathisch, erkennbar besorgt von der Dramatik der Ereignisse und doch von großer, klärender Kraft. Hier gab jemand Einblick in sein Inneres; hier zeigte sich ein vom Prinzip der Gemeinwohlorientierung [être guidé par le souci du bien public] geleiteter politischer Charakter.

[...] Angela Merkel sprach über ihre Erfahrungen in der DDR und darüber, wie tragisch und traurig es sei, nun die Bewegungsfreiheit von Menschen einschränken zu müssen, um die Infektionsrate zu senken und Leben zu retten. Sie dankte Ärzten und Ärztinnen, den Pflegenden in Krankenhäusern, aber auch denjenigen, die derzeit in den Supermärkten an der Kasse sitzen und "den Laden am Laufen" halten. Sie informierte über die aktuelle Situation, den Kenntnisstand der Virologen. Und sie formulierte ihr politisches Credo – einen Appell an die Vernunft, einen Appell an eine Gemeinschaft von mündigen Bürgern, die eigentlich keine Ausgangssperre brauchen sollten, um zu begreifen, worauf es nun ankommt.

## MARTIN LUTHER SUPERSTAR MIT ABGRÜNDE, Claudia Keller, „Tagesspiegel“ August 2016

1517 machte Martin Luther (1483–1546) seine damals revolutionären Thesen an der Schlosskirche zu Wittenberg publik [...]. Luther lehnte sich gegen den sogenannten Ablasshandel [commerce des indulgences] der katholischen Kirche auf. Dabei sollten die Gläubigen Geld zahlen, damit ihnen die Zeit im Fegefeuer (le purgatoire) verkürzt würde. Jeder Mensch sei von Gott geliebt und angenommen, argumentierte dagegen Luther. Dafür müsse man kein Geld zahlen, es reiche der feste Glaube.

Dieser Gedanke erschütterte die Kirche und führte zur heilsamen (salutaire) Emanzipation vieler Menschen von den Dogmen der Päpste. Doch Luthers Ansichten spalteten die Kirche und stürzten Europa in blutige Glaubenskriege. Außerdem hetzte der Reformator gegen Juden und Muslime [...] und rief zur Zerstörung von Synagogen auf. Seine Abscheu [horreur] gegen die aufständischen Bauern [im Bauernkrieg von 1525] ermutigte die Fürsten zudem, brutal gegen ihre Untertanen vorzugehen.

Noch bei den Feierlichkeiten zum 400. Jubiläum, im Jahre 1917, interessierte sich niemand für Luthers Abgründe [abîmes]. Er galt als eine Art Nationalheiliger, der siegesgewiss und mit der Bibel in der Hand Geschichte schrieb. Seine Standhaftigkeit [ici mélange de fermeté et de courage] vor Papst und Kaiser wurde im Ersten Weltkrieg für die Erhöhung der Opferbereitschaft der deutschen Soldaten instrumentalisiert. Nicht wenig von dem, was damals gesagt und geschrieben wurde, ist der Kirche heute aus gutem Grund peinlich. Nach Naziterror, Krieg und Zerstörung wirkt Luther als deutscher Nationalheld deplatziert, da ist sich die Kirche mit Historikern und Politikern einig. Doch ist es möglich, Luther zu feiern und sich zugleich von allem Heroischen und Abgründigen zu distanzieren?

Die evangelische Kirche möchte Luther 2017 als „kraftvolle Symbolfigur“ präsentieren, „die wie viele große historische Persönlichkeiten zum Widerspruch herausfordert, aber gleichzeitig mit Beharrlichkeit, Wagemut und Überzeugungskraft zur Identifikation einlädt“. Die Reformation soll als europäische „Freiheitsgeschichte“ dargestellt werden, die zur Ausbildung der modernen Grundrechte von Religions- und Gewissensfreiheit beitrug, das Verhältnis von Kirche und Staat veränderte und das moderne Demokratieverständnis beförderte. Auch der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten gefällt die Idee, Luther als Vordenker von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie zu feiern. Vielen Historikern geht das zu weit. Luther sei kein Pionier der Neuzeit gewesen, sagt etwa Daniel Jütte von der Harvard University, sondern „einer der letzten mittelalterlichen Menschen“. Die Freiheit, die Luther meinte, sei immer auf Gott bezogen gewesen und nicht vergleichbar mit der säkularen Freiheit der heutigen westlichen Gesellschaften.

Andererseits : Will man historische Ereignisse im 21. Jahrhundert massenwirksam vermitteln, geht es nicht ohne Verallgemeinerungen und ein bisschen Heldenverehrung. Auch Debatten im Vorfeld gehören dazu. Sie sind keine lästigen Störmanöver, wie mancher Kirchenvertreter meint, sondern die angemessene Art und Weise, wie sich eine moderne Demokratie mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzt. Luther jedenfalls hätte es gefallen, dass man sich auch 500 Jahre später leidenschaftlich über ihn streitet.

**„Wer entscheidet, wer Kommissionspräsident wird?“ in Das Europaparlament erhebt einen Machtanspruch, der ihm nicht zusteht, Heinrich August Winkler, NZZ, 15. 7. 2019**

Mehr Europa darf nicht weniger Demokratie bedeuten. Wer mehr Europa und mehr Demokratie will, sollte zuallererst die europapolitische Verantwortung der nationalen Parlamente und ihre Zusammenarbeit stärken.

Kann man von einer demokratischen Wahl sprechen, wenn diese zwar frei, geheim und unmittelbar, aber nicht gleich ist? Viele deutsche Politiker und Journalisten bejahen diese Frage zwar nicht direkt, aber indirekt tun sie es sehr wohl, wenn sie vom Europäischen Parlament so sprechen, als sei es aus einer gleichen Wahl hervorgegangen. Sie stellen das Strassburger Parlament als legitime Verkörperung des europäischen Volkswillens dar und halten den im Europäischen Rat vereinigten Staats- und Regierungschefs eine Verletzung von Grundprinzipien der Demokratie vor. Begründet wird dieser Vorwurf damit, dass der Europäische Rat dem Europäischen Parlament eine deutsche Politikerin zur Wahl als Präsidentin der Europäischen Kommission vorgeschlagen hat, die sich zuvor nicht als Spitzenkandidatin ihrer Parteienfamilie um dieses Amt beworben hatte: Ursula von der Leyen.

In besonders markanten Worten hat Stefan Ulrich dieser Auffassung Ausdruck verliehen («Süddeutsche Zeitung», 4. 7. 19). Er appelliert an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, den «Angriff auf die Demokratisierung der EU zurückzuschlagen» und von der Leyen durchfallen zu lassen. Ein solches Vorgehen werde die Europäische Union zwar in einen schweren Machtkampf stürzen. «Aber da muss Europa durch. Nur eine wirklich demokratische Union, in der die Bürger das entscheidende Wort sprechen und das Parlament das Machtzentrum ist, kann aus künftig 27 Staaten mit egoistischen Regierungen eine Einheit formen (. . .). Deshalb muss das Parlament jetzt den Aufstand wagen.»

Wäre das Europäische Parlament wirklich eine aus freien und gleichen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung, müsste es so handeln, wie Ulrich es fordert. Aber das Wahlrecht, nach dem dieses Parlament gewählt wird, ist nicht gleich und kann nicht gleich sein. Vielmehr wiegt die Stimme des Bürgers eines kleinen Mitgliedslandes aus guten, ja zwingenden Gründen zehn bis zwölf Mal so viel wie die eines grossen. Wäre es anders, wären die kleinen Staaten entweder gar nicht im Strassburger Parlament vertreten, oder dem Hohen Haus müssten mehrere tausend Abgeordnete angehören, so dass es nicht arbeitsfähig wäre.

Durch das ungleiche Wahlrecht wird die Funktionsfähigkeit des Parlaments gesichert, aber es fehlt ihm an demokratischer Legitimation. Weil dem so ist, sind die Rechte des Europäischen Parlaments notwendigerweise beschränkt. Es übt umfassende Kontrollrechte gegenüber der Kommission aus und hat einen massgeblichen Anteil an der Gesetzgebung. Aber es überschreitet [dépassé] seine vertraglich festgelegten Kompetenzen, wenn es dieselben Rechte für sich beansprucht wie der Deutsche Bundestag oder ein anderes aus gleichen Wahlen hervorgegangenes nationales Parlament. Das aber tut das Europäische Parlament, wenn es darauf besteht, den Kommissionschef faktisch im Alleingang zu bestimmen.

**„Das Blaue vom Himmel versprechen“ in Das Europaparlament erhebt einen Machtanspruch, der ihm nicht zusteht, Heinrich August Winkler, NZZ, 15. 7. 2019**

Europawahlen verleiten die Parteien sehr viel stärker als nationale Wahlen dazu, ihren Anhängern sprichwörtlich das Blaue vom Himmel [promettez monts et merveilles] zu versprechen. Die Propagierung des Bundesstaats Europa durch die FDP ist da nur ein aktuelles Beispiel. Die Grünen etwa fordern ein europäisches Einwanderungsgesetz, die Partei Die Linke eine einmalige Millionärsabgabe in allen EU-Staaten, ein Verbot von Rüstungsexporten und die Auflösung der Grenzschutzagentur Frontex sowie des Grenzüberwachungssystems EUROSUR, die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer wie die SPD einen gemeinsamen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen [...].

Plausibler klingt die Forderung der Sozialdemokraten, im europäischen Ministerrat bei außenpolitischen Entscheidungen das Einstimmigkeitsprinzip durch Mehrheitsentscheidungen zu ersetzen. Doch abgesehen davon, dass diese Änderung erst einmal einstimmig beschlossen werden müsste, drängt sich noch ein anderer Einwand auf: Wie sich im Herbst 2015 während der Migrationskrise gezeigt hat, können politisch umstrittene Mehrheitsentscheidungen vorhandene Spaltungen noch vertiefen. Eine einende Wirkung darf man sich von der Abschaffung der Einstimmigkeit also kaum versprechen.

Anlässlich einer Europawahl der Öffentlichkeit wohlklingende, aber praktisch kaum durchsetzbare Vorschläge zu unterbreiten, ist keine deutsche Spezialität. Wenn Emmanuel Macron sich Anfang März in seinem „Brief an die Europäer“ für einen „an jedes Land angepassten und jedes Jahr gemeinsam neu verhandelten Mindestlohn“ ausspricht, hofft er, nicht nur im eigenen Land links der Mitte Zustimmung zu finden. Aber er wird kaum annehmen, dass ein Land wie Bulgarien sich mit einer Regelung einverstanden erklärt, die nach eigener Einschätzung zu Lasten seiner Wettbewerbsfähigkeit gehen würde.

Was die europafreundliche Rhetorik angeht, übertrifft Macron alle anderen Staats- und Regierungschefs der EU. Aber wenn er von europäischer Souveränität und einer europäischen Armee spricht, ist damit keine Preisgabe [abandon] französischer Hoheitsrechte gemeint. Die alleinige Verfügungsmacht Frankreichs über seinen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und seine Atomwaffen ist sakrosankt. Was bei Macron supranational klingt, sind in Wirklichkeit vieldeutige Metaphern.

[Aber, wie gesagt,] auf die Kunst, europäisch zu reden und national zu handeln, verstehen sich deutsche Politiker freilich auch. [Das gilt beim Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 und in Sachen Asyl und Migration und wenn die SPD eine gemeinsame europäische, parlamentarisch kontrollierte Armee fordert, hat sie natürlich auch das deutsche Modell im Blick und will es auf Europa übertragen.]

### EUROPAWAHLKAMPF - Rezo gegen die CDU: Jugendforsch im Netz, 23.05.2019 Deutsche Welle

Ein Youtuber greift die CDU an, sein Video wird millionenfach geklickt. Wie reagiert Merkels Partei? Sie zögert, dreht ein Gegenvideo - und veröffentlicht es nicht. Bringt die digitale Generation die CDU in Bedrängnis?

Wen interessiert schon die Europawahl? Die Fernsehduelle und Sondersendungen dazu erreichten im deutschen Fernsehen nur jeweils etwa zwei Millionen Zuschauer, weniger als halb so viel wie die Nachrichtensendungen davor. Und das trotz Spitzenkandidaten, bunter Studiokulissen und aufwändiger Einspielfilme.

Kein Interesse also an Politik in Wahlkampfzeiten? Doch. Das beweist "Die Zerstörung der CDU" - ein Video des 26-jährigen Informatikers, Musikers und Youtubers, der sich selbst Rezo nennt. Mehr als sieben Millionen Mal wurde seine Abrechnung mit Angela Merkels Partei, ihrer Klima-, Bildungs-, Außen-, eigentlich ihrer gesamten Politik, seit der Veröffentlichung am vergangenen Samstag geklickt.

Ein junger Mann sitzt vor seinem Rechner, redet so, wie viele junge Menschen reden - "ey, Diggi" statt "liebe Nutzer" und "wusa, wusa" statt "entspann Dich". Er zeigt Fakten, Zitate und Statistiken aus dem Internet. Rezo spitzt zu, haut da drauf, wo es weh tut. In der Regierungszeit der CDU ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergegangen, sagt er. Die CDU tue nicht genug gegen den Klimawandel. Und sie stelle sich nicht gegen Kriegsverbrechen der USA. So drängt Rezo, bislang nicht als politischer Aktivist bekannt, die CDU argumentativ an die Wand. "Zerstören" nennt man sowas auf Youtube.

"Also erstmal finde ich es gut, wenn sich junge Menschen stärker für Politik interessieren und dazu leistet dieses Video sicherlich einen Beitrag", sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete und Digitalexperte Thomas Jarzombek im Gespräch mit der DW. Gute Mine zum bösen Video? Als einer von wenigen innerhalb seiner Partei hat Jarzombek zumindest früh die Bereitschaft zum Dialog mit Rezo signalisiert.

"Was wir daran nicht gut finden ist, dass es sehr einseitig ist und hier ausschließlich die CDU behandelt wird", so Jarzombek weiter. "Man kann bei einer Reihe von Dingen, die dargestellt werden auch ganz anderer Meinung sein." Jarzombek räumt ein, dass seine Partei noch Nachholbedarf hat, wenn es darum geht, junge Menschen mit Neuen Medien zu erreichen.

"Das lernen gerade auch viele in unserer Partei, dass solche Beiträge sehr große Reichweiten erreichen, teilweise größer als klassische Nachrichten-Formate wie die Tagesthemen." Deshalb müsse man neue Schwerpunkte setzen, sagt Jarzombek. "Ich sehe viele Abgeordnete, die am Wochenende fleißig unterwegs sind und von einem Wahlkreistermin zum nächsten hüpfen. Da sprechen sie dann mit ein paar Leuten, während gleichzeitig im Internet noch eine sehr, sehr große Zielgruppe ist, die wir jedenfalls viel stärker bespielen müssen als das bisher der Fall gewesen ist."

**ZDF: Nicht mein Fernsehen - Ein Streitgespräch von Fernsehzuschauern mit dem Chefredakteur Peter Frey-  
Interview: Jochen Bittner und Stefan Schirmer, 17. Dezember 2019, DIE ZEIT (10)**

Das öffentlich-rechtliche TV gehörte einmal zur Republik wie der Christbaum zu Weihnachten. Man freute sich auf Highlights oder regte sich gemeinsam auf – das scheint vorbei zu sein. Was Zuschauer am ZDF stört:

**Kleindienst [Zuschauer]:** Also, es gibt Sendungen, bei denen ich den Eindruck habe, es soll Einfluss genommen werden auf mein Gehirn.

**ZEIT:** Wo passiert das?

**Kleindienst:** Vorweg ein paar Sätze zu mir: Ich war in der DDR nicht in der Partei und bin jetzt auch in keiner. [...] Nach der Wende war für mich zunächst auch alles in Ordnung mit Meinungsfreiheit und Medien. Man hat gelernt, bestimmte Medien, Zeitungen einzuordnen: Die einen stehen politisch eher hier, die anderen eher dort, das ist alles normal und legitim. Aber jetzt habe ich das Gefühl, ich erlebe wieder die *Aktuelle Kamera*, die DDR-Nachrichten.

**Frey:** Ein harter Vorwurf. Woran machen Sie das fest?

**Kleindienst:** Ein Beispiel: Ich war 45 Jahre lang in der Energiebranche tätig. Und ich habe den Verdacht, dass Ihre Berichterstattung über die Energiewende Vertreter der, sagen wir mal, grünen Kapitalisten bevorzugt. Mit der Wind- und Solarenergie wird ja viel Geld verdient, zulasten der Strompreise, die über 30 Cent liegen. Zuletzt ist mir ein Beitrag in der Sendung *Berlin direkt* aufgefallen: Darin beklagen Windkraftlobbyisten, dass der Ausbau der Windenergie ins Stocken geraten (ralentir] sei. Die Gegenseite kam gar nicht vor.

**Frey:** Im Prinzip versuchen wir immer, alle relevanten Seiten vorkommen zu lassen. Selbstverständlich in den Nachrichtensendungen, aber auch in den Magazinen wie *Berlin direkt*. Den Vorwurf, dass wir uns in Beiträgen über die Energiewende auf eine Seite schlagen, muss ich zurückweisen. Etwa in *Frontal 21* haben wir darüber berichtet, wie nah Windkraftanlagen an Häuser herangerückt sind und wie sehr sich die Anwohner davon belästigt fühlen.

**Kleindienst:** In dem erwähnten Beitrag hieß es wörtlich: "... Proteste einer gut vernetzten Szene, Bürgerinitiativen und Anwohner. Ein Potenzial, das mittlerweile auch die AfD erkannt hat."

**Frey:** Ja. Was ist daran falsch?

**Kleindienst:** Leute wie ich, die Windkraft kritisch sehen, denken sich: Moment! Wir lassen uns doch nicht mit der AfD in Verbindung bringen!

**Frey:** Das verstehe ich. Aber es ist auch eine Realität, dass die AfD das Thema politisch zu besetzen versucht.

**Kleindienst:** Die Probleme, die wir vor Ort haben, sind bei Ihnen in Berlin doch wenig bekannt.

**Frey:** Also erstens haben wir unsere Sendezentrale nicht in Berlin, sondern in Mainz. Das sorgt für Bodenhaftung. Zweitens: In Formaten wie dem *Länderspiegel* oder dem *Morgenmagazin* reden wir direkt mit den Bürgern und Bürgermeister. Dann geht es um lokale Probleme wie zu wenig Polizei, zu viel Kriminalität, zu wenig neue Industrie. Also: Wir sind nah dran. Ich sage meinen jungen Kollegen immer: Leute, wir leben in einer Zeit, in der es spannender ist, Korrespondent in Magdeburg zu sein als in Washington. Wir spüren natürlich: Ausgerechnet bei den Öffentlich-Rechtlichen [les chaînes publiques], die in der DDR eine hohe Glaubwürdigkeit hatten, gibt es jetzt ein mangelndes Vertrauen bei einem Teil der Bevölkerung.

**Kleindienst:** Dann senden Sie mal ein paar Krimis weniger und mehr von solchen Berichten. Dann gehen auch die Einschaltquoten hoch!

## Texte 11

### **ZDF: Nicht mein Fernsehen - Ein Streitgespräch von Fernsehzuschauern mit dem Chefredakteur Peter Frey-Interview: Jochen Bittner und Stefan Schirmer, 17. Dezember 2019, DIE ZEIT (11)**

Das öffentlich-rechtliche TV gehörte einmal zur Republik wie der Christbaum zu Weihnachten. Man freute sich auf Highlights oder regte sich gemeinsam auf – das scheint vorbei zu sein. Was Zuschauer am ZDF stört:

**Kleindienst [Zuschauer]:** Ich treffe in der Kommunalpolitik viel auf die AfD. Was wir dort trainieren, sollte auch das ZDF tun: Die Partei nicht vorführen, sondern sie bei Sachthemen stellen. Lassen Sie die Leute zu Wort kommen. Und berichten Sie darüber, warum die AfD gewählt wird.

**Mysorekar [Zuschauer]:** Aber das passiert doch seit Jahren!

**Kleindienst:** In der DDR habe ich mir immer eine Demokratie gewünscht, in der das ganze politische Spektrum vorkommt. Politiker wie Wehner (SPD-Politiker des linken Flügels) und Strauß (CSU-Politiker, u.a. ehemaliger bayrischer Ministerpräsident] habe ich zu gern in Debatten gesehen. Diese politische Auseinandersetzung vermisse ich heute.

**Frey:** Wir können in unserer Berichterstattung nur spiegeln, was die Parlamente hergeben. In der letzten Legislaturperiode fehlten AfD und FDP. [Ihre Standpunkte und die ihrer Wähler wurden so] in der Flüchtlingskrise nicht voll widergespiegelt. Heute ist das anders. Wenn wir heute Bundestagsdebatten übertragen, dann natürlich auch mit Rednern der AfD. Wir Medien haben niemanden zu erziehen, stimmt. Aber wir müssen zeigen, wo die Grenzen demokratischer Gesinnung verlaufen. Bei meinem Kommentar zur Thüringenwahl habe ich gesagt: Natürlich war Protest oder das Gefühl, abgehängt zu sein, ein Motiv, AfD zu wählen. Aber ich habe auch gesagt: Wer Höcke wählte, wählte bewusst rechtsextrem.

**Mysorekar:** Ich freue mich, dass Sie das so klar sagen. Denn viele Deutsche mit Einwanderungsgeschichte fragen sich, warum die AfD oft so viel Raum erhält. Wenn etwa jemand den rechtsextremen Begriff "Bevölkerungsaustausch" benutzt, betrifft uns das direkt. Besonders bei ARD und ZDF sind Journalisten gefragt, die Aussagen einordnen, anstatt sie nur nebeneinanderzustellen.

**ZEIT:** Sehen auch Sie das so, Herr Kleindienst?

**Kleindienst:** Bei uns Ostdeutschen mit Diktaturerfahrung sind die Antennen sehr sensibel, wenn eine Meinung vorgegeben wird. Was mir auffällt: Anders als früher kommen Leute wie Heinz Buschkowsky oder Thilo Sarrazin nicht mehr in Talkshows vor. Ich vermisse diese Seite.

**Mysorekar:** Herr Sarrazin ist ein Rassist!

**Kleindienst:** Aber man muss sich mit seinen Inhalten auseinandersetzen.

**Schede [Zuschauer]:** Ich finde, zur Abbildung von Vielfalt gehören auch radikale Ansichten. Es ist nur wichtig, dass sie eingeordnet werden. Gleichzeitig sollte man gerade auch den jüngeren Zuschauern wie mir nicht zu wenig zutrauen. Wir sind in der Lage, menschenfeindliche Standpunkte auszusortieren

**Frey:** Das heißt, Sie würden jede Meinung senden?

**Schede:** Ich denke, es gibt kaum Meinungen, die nicht gezeigt werden sollten. Die Grenzlinie ist sehr schmal. Ich würde sagen, solange die Meinungen wirklich in der Gesellschaft vertreten werden und nicht aus reiner Sensationslust gezeigt werden, ist es mindestens erlaubt, wenn nicht sogar aus demokratischen Gründen geboten, sie auszustrahlen. Aus meiner Sicht wirken extreme Ansichten außerdem eher abstoßend, trotzdem helfen sie dabei, sich eine eigene Meinung zu bilden.

**Frey:** Da haben wir einen Dissens. Ich bin dagegen, jede extreme Aussage zu senden, erst recht, wenn sie auch noch mit einem Gewaltaufruf verbunden ist. Das geben unsere Programmrichtlinien vor. An der Stelle bin ich mitverantwortlich dafür, wie sich das Meinungsklima in Deutschland entwickelt.

**ZEIT:** Ist Herr Höcke für Sie noch ein möglicher Talkshow-Gast?

**Frey:** Nein.

## **EU muss drei Tests bestehen - Die Krise kann Europa stärken – wenn Deutschland das Nötige tut**

*TIMOTHY GARTON ASH, TAGESSPIEGEL, 07.04.2020*

### **Der Ungarn-Test**

Kann eine Diktatur Mitglied der EU sein? Bereits vor dieser Krise haben Viktor Orbán und seine Fidesz-Partei schon die Demokratie in Ungarn so weit ausgehöhlt, dass das Land nicht in die EU aufgenommen würde, wäre es ein Mitgliedskandidat. Unter dem Vorwand, die Corona-Pandemie zu bekämpfen, hat Orbán nun per Notstandsgesetz weitreichende Macht an sich gezogen und kann unbegrenzt per Dekret regieren.

Ungarn ist – während dieser Zeit – eine Diktatur. Jean Monnet sagte damals, dass keine Diktatur Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (aus der die EU hervorging) sein könne. Heute ist dies der Fall.

Die Sanktionen, über welche die EU verfügt, sind langsam und komplex. Aber es gibt eine Organisation, die jetzt entscheidend handeln kann und muss: Die Europäische Volkspartei (EVP), die einflussreiche Mitte-Rechts-Parteiengruppierung im Europäischen Parlament, deren Mitglied die Fidesz-Partei noch immer ist. [...] Wenn die EVP die Partei des ungarischen Diktators jetzt nicht hinauswirft, verliert sie ihren letzten Funken Glaubwürdigkeit. Wenn Politiker der Europäischen Volkspartei schöne Reden über Demokratie halten, über Rechtsstaatlichkeit und europäische Werte – dann haben junge Europäer das Recht, sie gnadenlos als Scheinheilige zu beschimpfen.

### **Der Italien-Test**

Gibt es Solidarität im Herzen Europas? Wird die Eurozone es ermöglichen, dass die Mitglieder, die am stärksten von der Krise betroffen sind, sich erholen? Vor einem Monat haben wir mit Entsetzen zugehört, wie Regionen unseres Kontinents, die zu den am stärksten entwickelten gehören und mit den besten Gesundheitssystemen besitzen, von der Pandemie überwältigt wurden.

Wenn Italien dieser Hölle entkommen ist, wird es konfrontiert sein mit der Herausforderung der wirtschaftlichen Erholung – vorbelastet bereits mit einer der höchsten Staatsverschuldungen in Europa. Seine Fähigkeit, Kredite aufzunehmen, wird von der gegenseitigen Unterstützung in der Eurozone abhängen.

Schon vor der Krise hatte sich Italien von einem der pro-europäischsten EU-Länder zu einem der euro-skeptischsten entwickelt. Die Krise hat bis jetzt diese Gefühle verstärkt. In einer Umfrage im März, gaben 88 Prozent der befragten Italiener an, dass sie sich nicht von Europa unterstützt fühlen. Und erschreckende 67 Prozent sahen keinen Vorteil in einer EU-Mitgliedschaft. Eine EU ohne Großbritannien ist denkbar, eine EU ohne Italien nicht.

### **Kann Deutschland die Lage retten?**

Wird sich Europas zentrale Macht endlich die Logik einer Währungsunion zu eigen machen, von der sie so sehr profitiert hat? Deutschlands nationaler Umgang mit der Pandemie ist die beeindruckendste Reaktion einer Demokratie außerhalb von Asien. [...] Angela Merkel hat eine herausragende Fernsehansprache an die Nation gehalten – eine Lehrstunde in Demokratie, Solidarität und individueller Verantwortung, vorgetragen mit dem Verstand einer Wissenschaftlerin und dem Herz einer Pastorentochter. Nur ein Wort fehlte: „Europa“ hat sie nicht erwähnt.

**In der Altersfalle - Für gefährdete Bevölkerungsgruppen könnte es noch lange Einschränkungen geben – das wird für Streit sorgen, Von [Heinrich Wefing](#), Zeit-Online, 15. April 2020**

Eine der vielleicht heikelsten Konfliktlinien in der Debatte über die Lockerung des Shutdowns, die gerade beginnt, ist die zwischen den Alten und den nicht so Alten. [...] Eine Differenzierung nach Alter und Gesundheitszustand liegt durchaus nahe. Sie entspricht der klassischen Logik der Seuchenbekämpfung: die Gefährder und die besonders Gefährdeten werden voneinander getrennt – um alle anderen zu schützen. Das sieht das geltende Infektionsschutzgesetz bis heute so vor, und auch das Grundgesetz steht dem nicht prinzipiell entgegen.

Nach Auffassung der Juristin Gertrude Lübbe-Wolff zum Beispiel, die bis 2014 Richterin am Bundesverfassungsgericht war, spricht rechtlich nichts gegen gewisse Separationen und Kontaktbeschränkungen. Eine Unterscheidung nach Risikogruppen sei sogar "naheliegender", eine Diskussion darüber solle "nicht tabuisiert" werden. [...] Die gegenwärtigen allgemeinen Beschränkungen, betont Lübbe-Wolff, existierten eben nicht zum Schutz der individuellen Gesundheit des Einzelnen, sondern zum Schutz aller, denen bei einer Überlastung des Gesundheitssystems nicht geholfen werden kann. Das ist ein typischer Gedanke des Sozialstaats: Wie sich der Einzelne verhält, hat Folgen für die Gemeinschaft. Deshalb kann die Gemeinschaft auch Erwartungen an den Einzelnen formulieren.

[...] Aber in Deutschland leben gut 17 Millionen Menschen, die älter als 65 Jahre sind. Ein Fünftel der Bevölkerung. Kann man 17 Millionen Menschen auffordern, quasi als Sonderopfer für die Allgemeinheit, über Monate in Isolation zu leben? 17 Millionen Menschen, die natürlich kein homogener Block sind, sondern 17 Millionen Individuen. 17 Millionen, von denen manche energiegeladener sind, umtriebiger [dynamique] als mancher Mittvierziger. Menschen, die Enkel betreuen, in Flüchtlingsinitiativen oder bei Tafeln mitarbeiten. Oder Menschen, die in Alten- und Pflegeheimen leben, abgeschnitten von ihren Familien, in die Einsamkeit gleitend, an der Einsamkeit leidend, womöglich sterbend. Und nicht zuletzt 17 Millionen Wählerinnen und Wähler, eines der stärksten Stimmenreservoirs der Union. [...] Gegen dieses Fünftel, auf Kosten dieser 17 Millionen, wird keine Bundesregierung Politik machen. Die Bundeskanzlerin hat deshalb einstweilen alle Überlegungen zu einer Differenzierung zwischen Alten und Jungen fallen lassen. In einer Pressekonferenz unmittelbar vor Ostern erklärte sie, das sei mit "Humanität" und ihren "Vorstellungen von unserer Gesellschaft nicht vereinbar".

**Raubkunst-Debatte - "Die Nofretete gehört nach Ägypten", Ein Interview von Eva-Maria Schnurr, Spiegel, 24.03.2020**

SPIEGEL: Deutsche Ausgräber fanden die Nofretete 1912 und brachten sie nach Berlin. Schon 1924 forderte Ägypten die Büste erstmals zurück, 2011 vor dem Umsturz am Nil zum bisher letzten Mal. Muss das Ägyptische Museum Berlin seine Hauptattraktion zurückgeben?

Zimmerer: Historisch betrachtet ist der Erwerb der Nofretete-Büste höchst problematisch. Ägypten war ab 1882 de facto ein britisches Protektorat. Die Nofretete gelangte somit unter den Bedingungen der europäischen Fremdherrschaft nach Deutschland, die Ägypter hat niemand gefragt. Nach ethischen Maßstäben kann die Antwort deshalb nur lauten: Die Nofretete gehört nach Ägypten.

SPIEGEL: Damals galt die Regelung der "Fundteilung": Eine Hälfte blieb vor Ort, die andere Hälfte der Fundstücke ging in das Land, das die Ausgrabung finanzierte - in diesem Fall Deutschland. Kam nicht somit der fast 3400 alte Nofretete-Kopf legal nach Berlin?

Zimmerer: Diese Regelung erfanden die Protektoratsmacht England und die Franzosen, denen die Antikenverwaltung unterstand. Die Fundteilung ist ein koloniales Recht, die Diebe gaben es sich untereinander. Der wissenschaftliche Befund ist eindeutig: Die Nofretete wurde geraubt. Niemand sollte sich auf das Recht der Kolonialmächte von damals berufen. Wir halten ja auch die Enteignungen durch die Nationalsozialisten nicht für legal, obwohl das einst geltendes Recht war.

[...] SPIEGEL: In der Debatte um koloniale Raubkunst geht es mehr um Bronzefiguren aus Benin oder andere afrikanische Kunst als um Objekte aus Ägypten. Warum?

Zimmerer: Die Europäer gingen lange davon aus, dass es gar keine Kunst in Afrika geben könne. Das änderte sich erst, als britische Soldaten 1897 in Benin spektakuläre Bronzetafeln und -köpfe entdeckten. Anfangs behaupteten einige Forscher sogar, die Portugiesen oder Spanier hätten diese Kunst geschaffen. Für sie war unvorstellbar, dass Afrikaner so etwas können. Nur bei den ägyptischen Objekten war das von Anfang an anders.

SPIEGEL: Weil sie als Hochkultur galten?

Zimmerer: Ja, man betrachtete die ägyptische Tradition als Vorläuferin der europäischen Kultur. Die Idee war immer: Das ist eigentlich unsere Kultur. Daraus wurde das Anrecht abgeleitet, Objekte aus Ägypten ausstellen oder sogar besitzen zu dürfen. Auch bestimmte Bilder gehen mit dieser Sichtweise einher: Wir denken uns Kleopatra immer als Weiße. Wir reden kaum über den Sudan ...[...]

SPIEGEL: Gegen die Rückführung wird oft eingewandt, in Europa könnten die Objekte besser erforscht werden - und vor allem seien sie hier sicherer. So wurde das Ägyptische Museum in Kairo bei den Unruhen 2011 geplündert. Diese Argumente lassen Sie nicht gelten?

Zimmerer: Es ist eine Folge des Kolonialismus, dass bestimmte Infrastrukturen im Norden stärker aufgebaut wurden als im globalen Süden. Und auch das Sicherheits-Argument ist klassisch kolonial. Übertragen Sie das doch mal auf andere Bereiche: Wenn ich Ihr Fahrrad klaue, dann muss ich es Ihnen zurückgeben - selbst wenn Sie es danach auf den Sperrmüll werfen wollen.



